

## EU kämpft gegen Zensur - Digital Services Act unter Druck!

EU-Kommission zum Digital Services Act: Maßnahmen gegen Desinformation, Regelungen für Plattformen und aktuelle Entwicklungen.

**EU, Europa** - Die EU-Kommission hat sich anlässlich der laufenden Debatten über den Digital Services Act (DSA) gegen Vorwürfe der Zensur ausgesprochen. Ein Sprecher der Kommission betonte, dass Plattformen nicht verpflichtet sind, rechtmäßige Inhalte von ihren Diensten zu entfernen. Dennoch müssen sie tätig werden, wenn Inhalte gemeldet werden, die gegen bestehende Gesetze verstoßen. Diese Position steht im Kontext der Diskussion über die Rolle der sozialen Medien und deren Verantwortung im Onlineraum, die von verschiedenen Seiten, darunter auch hochrangige Technologiefirmen, hinterfragt wird.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen des DSA erfordern, dass Plattformen jährliche Risikobewertungsanalysen durchführen, um die Risiken zu identifizieren, die von ihren Diensten ausgehen. Dazu gehören die Verbreitung illegaler Inhalte und Desinformationen, die insbesondere vor Wahlen in der EU ein großes Problem darstellen. Die Kooperation mit unabhängigen Faktenprüfern wird als sinnvoll erachtet, um systemische Risiken zu mindern, während gleichzeitig die Meinungsfreiheit gewahrt bleibt. Dies wird von der Kommission als notwendig erachtet, um die Integrität der demokratischen Prozesse zu schützen.

**Unser Mitteleuropa** berichtet, dass der DSA für alle Plattformen im europäischen Binnenmarkt gilt, unabhängig von ihrem Sitz, und insbesondere strenge Vorschriften für sehr große

Online-Plattformen (VLOPs) und Suchmaschinen (VLOSEs) vorsieht.

## **Risiken und Reaktionen**

Die der Kommission vorliegenden Bedenken gerichtet auf mögliche Beeinflussungen durch ausländische Akteure, besonders im Vorfeld von Wahlen, werden von Experten wie Maria Ressa, einer bekannten Journalistin, unterstützt. Sie warnt vor der potenziellen Gefährdung von Demokratie und Journalismus durch unzureichende Maßnahmen zur Bekämpfung von Fake News. Die Einführung der neuen Regelungen und deren Auswirkungen auf innovative Ansätze von Plattformen wie Meta, die in der Vergangenheit mit den EU-Regeln auf Tuchfühlung gingen, bleibt ein brisantes Thema. Facebook-CEO Mark Zuckerberg sieht die aktuellen Maßnahmen als hinderlich für Innovationen und plant, das bestehende Programm zur Faktenüberprüfung zu reformieren, was bereits zu erhöhter Kritik an der politischen Voreingenommenheit von Faktenprüfern geführt hat.

In der Auswertung der Wirksamkeit dieser Politiken betont die EU Kommission, dass sie derzeit keinen Handlungsbedarf sieht, um die bestehenden Rahmenbedingungen zu verändern. Dennoch ist der rechtliche Druck durch potenzielle Geldstrafen von bis zu 6% des globalen Jahresumsatzes bei Nichteinhaltung des DSA nicht zu unterschätzen. Plattformen müssen nicht nur geeignete Maßnahmen ergreifen, sondern auch transparent darlegen, welche Strategien zur Risikominderung sie implementiert haben.

## **Zukunft der Moderation**

Der DSA hat somit weitreichende Folgen für die Moderationspolitik von Online-Plattformen und stellt hohe Anforderungen an deren Verantwortung im Umgang mit Inhalten. **ORF** betont, dass illegale Inhalte im realen Leben auch im Online-Raum als illegal gelten und entsprechend behandelt

werden müssen. Dies könnte langfristig auch das Nutzerverhalten auf diesen Plattformen beeinflussen, da die Verantwortung zunehmend an die Nutzer selbst zurückgegeben wird. Zuckerberg schlägt vor, dass Nutzer künftig selbst mehr gegen Falschinformationen vorgehen sollten, was die Debatte über den Schutz der Meinungsfreiheit und die Verantwortlichkeit in der digitalen Welt verstärken könnte.

Die Auseinandersetzung um den DSA zeigt, wie kompliziert die Balance zwischen Freiheit und Verantwortung im digitalen Zeitalter ist. Für viele Akteure bleibt die Frage offen, wie die Vorschriften des DSA künftig interpretiert und umgesetzt werden, während die Bedenken über die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Raum stehen.

| Details        |                                                                                                                                                                                                                                                                                   |
|----------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Vorfall</b> | Gesetzgebung                                                                                                                                                                                                                                                                      |
| <b>Ort</b>     | EU, Europa                                                                                                                                                                                                                                                                        |
| <b>Quellen</b> | <ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="https://www.unser-mittleuropa.com">unser-mittleuropa.com</a></li><li>• <a href="https://www.orf.at">orf.at</a></li><li>• <a href="https://germany.representation.ec.europa.eu">germany.representation.ec.europa.eu</a></li></ul> |

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://n-ag.de)**